



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

NEIN ZUM UNO-MIGRATIONSPAKT: Basisarbeit hat Wirkung!

Am 13.7.2018 trug ein weisungsgebundener Vertreter der österreichischen Bundesregierung den seit Jahren verhandelten UNO-Migrationspakt noch voll mit. Da hatten die USA diesem schon längst den Rücken gekehrt und auch Ungarn war bereits ausgeschert. Über den Spätsommer und Herbst liefen **mehrere Alternativmedien** in Österreich, darunter auch die WEGWARTE, Sturm gegen diesen „Global Compact for safe, orderly and regular migration“, einen weitreichenden **Türöffner für unbegrenzte Zuwanderung** nach Mitteleuropa und dem damit einhergehenden Bevölkerungsaustausch. Protestunterschriften wurden gesammelt, Vorträge an der Basis gehalten, Demonstrationen anberaumt, darunter eine große von IHU und NFÖ gemeinsam, die am 1. Dezember hätte stattfinden sollen. Termin und Argumente dafür wurden bereits über zahlreiche Kanäle verbreitet. Immer mehr Menschen wurden hellhörig!

Dieser steigende Widerstand führte zu dem inzwischen über alle Medien breit bekannt gewordenen **Ministerratsbeschluß**, diesem Pakt nicht beizutreten, was inzwischen auch andere Länder überlegen. Soweit die gute Nachricht, die einen **großen Erfolg** der verschiedenen Gruppierungen und aktiven Einzel-

kämpfer darstellt, die alle zusammen eine nicht zu unterschätzende Basisbewegung bilden, an der auch die große Politik diesmal nicht vorbeigehen konnte. Der Wortlaut der schriftlichen Erklärung der Bundesregierung zum Migrationspakt an die UNO ist absolut zu begrüßen - mit einer Ausnahme, die noch folgenreicher sein könnte.

Die Regierung kündigt nämlich darin als Stimmverhalten bei der nächsten **UNO-Generalversammlung** keine Gegenstimme (eindeutige Ablehnung) gegen den Migrationspakt an, sondern sie wird sich **der Stimme enthalten**. Das ist deshalb nicht einerlei, weil alle von Regierungen getroffene internationale Entscheidungen - egal ob zu Verträgen, Pakten, Deklarationen usw. - Folgewirkungen nach dem **Völkergewohnheitsrecht** entfalten. Diese können nur abgewendet werden, wenn ein Staat einen ganz klaren Widerspruch auch beim Stimmverhalten einlegt und diesen permanent behauptet. Ansonsten können sich **Gerichte** und andere Institutionen auf den Nicht-Widerspruch beziehen und solche Verträge/Pakte/Deklarationen binden Österreich trotzdem.

Ein weiterer Umstand wurde bisher aus der gesamten medialen Berichterstattung, auch der meisten Alter-

nativmedien und -Aktionsgruppierungen, völlig ausgeklammert: die sogenannte **„Politische EU-Afrika-Deklaration“** im Rahmen des **„Rabat-Prozesses“**, die inhaltlich mit dem UNO-Migrationspakt eng verzahnt ist und die am 2. Mai 2018 von 26 afrikanischen Staaten und 27 Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, **auch Österreichs**, unterzeichnet wurde mit der einzigen Ausnahme Ungarn. Der Wortlaut dieses 8-seitigen Dokuments kann unter www.epochtimes.de/assets/uploads/2018/07/marrakesch-de.pdf nachgelesen werden. Es ist das Produkt von zahlreichen Vorläufervereinbarungen, das die unmißverständlich Zuwanderungsfördernde und -einladende Gesamthaltung der EU-Gremien und -Staaten (Ausnahme Ungarn) gegenüber Afrika dokumentiert und Österreich mindestens bis Ende 2020 bindet. Wenn diese und ähnliche, schriftliche Vereinbarungen nicht **sehr rasch und eindeutig widerrufen** werden, entsteht die völkergewohnheitsrechtliche Wirkung auf diesem Weg bzw. ist bei der EU-Afrika-Migrationserklärung bereits seit 2. Mai im Gange.

Alle diese Vereinbarungen, Absichtserklärungen, Pakte usw. verletzen außerdem das **Selbstbestimmungsrecht der Völker**, da sie ohne Parlamentsbeschlüsse, geschweige denn Volksabstimmungen, zustande gekommen sind. Sie werden bewußt nicht als offen völkerrechtlich bindende Verträge bezeichnet, sind es in Wahrheit aber doch. Mit diesem undemokratischen Trick wird nämlich eine ordnungsgemäße Ratifizierung dieser Abkom-

Direkte Demokratie Gebot der Stunde!

30 Jahre IHU

Meilenstein Zwentendorf-Abstimmung

Vorbild Peter Rosegger

Seite 3-4

Seite 5

Seite 6-7

Rückseite

men durch die nationalen Parla-
mente und eine damit einhergehende öf-
fentliche Diskussion verunmöglicht
und die Regierungen aller beteiligten
Staaten können dabei schalten und
walten, wie sie und einflußreiche
Kreise hinter den Kulissen wollen.
Ähnlich wie bei den internationalen
Freihandelsabkommen wird so jegliches
Mitspracherecht der davon be-
troffenen Bürger aller Staaten aus-
geschaltet. Diese immer mehr um
sich greifende, als „**soft power**“
bezeichnete Vorgangsweise ist al-
les andere als „soft“, sie ist schlicht
diktatorisch.

Ebenso wie man über die „**poli-
tische EU-Afrika-Migrations-
erklärung**“ bzw. Deklaration von
Marrakesch“ weder von den Poli-
tikern, die deren Unterzeichnung
betrieben (für Österreich Außenmi-
nisterin Kneissl) noch von den Medi-
en irgend etwas Substantielles erfah-
ren konnte, nicht einmal **nach** de-
ren Unterzeichnung, läuft es ja auch
seit Jahren bei den von der EU ab-
geschlossenen bzw. verhandelten
Freihandelsabkommen, z.B.
mit Kanda und damit indirekt den

USA (CETA), mit Japan (JEFTA),
Singapur, den MERCOSUR-Staa-
ten (Großteil Süd- und Lateinameri-
kas) usw. Alle diese weitgehend im
Geheimen entstandenen Abkommen
würden übrigens durch einen **Aus-
tritt Österreichs aus der EU**
für unser Land nicht mehr gelten.
Im Juni 2015 haben **261.056 Bür-
ger** dafür offen in den Gemeinde-
ämtern und Magistraten unter Anga-
be ihrer persönlichen Daten und mit
Ausweisleistung unterschrieben (da-
mals konnte man noch nicht online
unterschreiben). Das sollte uns im-
mer bewußt bleiben! Erst dann könn-
te Österreich wieder eine wirklich **ei-
genständige** Politik für die Bürger
betreiben sowohl bei der Bevölke-
rungszusammensetzung als auch in
der Handels- und Wirtschaftspolitik
und vielen anderen Bereichen.

Welcher massive **Bevölkerungs-
austausch** in kurzer Zeit bei uns
gelaufen ist, zeigt die Tatsache, daß
in Österreich im Jahre 1961 etwa
100.000 ausländische Staatsangehö-
rige lebten. Mit 1. Jänner 2018 gab
es laut „Statistik Austria“ 1,395.880
Millionen, insgesamt laut dem „Mi-

nisterium für EUropa, Integration
und Äußeres“ über 2,2 Millionen
„Österreicher mit Migrationshinter-
grund“. **In Wien** sollen es dem Ver-
nehmen nach bereits rund 49 Pro-
zent der Bevölkerung sein.

Ange-
sichts dieser Zahlen ist es
geradazu selbstmörderisch und
verantwortungslos, wenn der
„Linksblock“ der dzt. drei Oppo-
sitionsparteien geschlossen und
unisono **FÜR** den UNO-Migrati-
onspakt und die einschlägigen EU-
Abkommen auftritt. Da kann man
nur mehr fassungslos sein!

Sehr zu hinterfragen ist allerdings
auch die ständig von der Regierung
beschworene Formel von der „**le-
galen**“ **Einwanderung** und der
„Arbeitsmigration“, die bleiben
oder womöglich sogar ausgebaut
werden soll. Dabei dürfte es sich vor
allem um jene Arbeitskräfte handeln,
die von der Wirtschaft angefordert
werden. Die gesellschaftlichen und
kulturellen Folgen unterscheiden sich
jedoch kaum von jenen der „**illega-
len**“ Einwanderung und werden ein-
fach auf die Allgemeinheit abgewälzt.

Mit Ende August 2018 gab es in Öster- reich offiziell 344.651 Arbeitslose und nur 79.354 offene Stellen.

Wie man sieht, gibt es also für rund 77 Prozent (!) der
Arbeitslosen schon rein zahlenmäßig keine offenen Stel-
len, bei denen sie einer Erwerbsarbeit nachgehen könn-
ten. Ganz abgesehen von der räumlichen Verteilung:
nicht jeder Vorarlberger, Tiroler oder Kärntner mit Fa-
milie kann so einfach in Wien arbeiten und umgekehrt.
Der Hauptverursacher der Arbeitslosigkeit ist also ein-
deutig die „Wirtschaft“, was aber in der öffentlichen De-
batte nur selten bewußt gemacht wird, da die meisten
Medien nicht nur von staatlicher Presseförderung und
Regierungsinseraten, sondern vor allem von der (Kon-

zern-)Wirtschaft finanziert werden - siehe die Flut von
kommerziellen Inseraten und offenen oder versteckten
P.R.-Beiträgen.

Und bei solchen Arbeitslosenzahlen will man noch weitere „legale Arbeitsmigran- ten“ nach Österreich holen?

Es wäre wesentlich humaner und dem inneren Frieden
unseres Landes zuträglicher, unsere „Alten“ **nicht** ins Eck
zu stellen und durch für die Wirtschaft, nicht aber für die
Allgemeinheit **billigere** Migranten zu ersetzen, und nicht
so massiv auf eine immer stärkere Digitalisierung und Ro-
boterisierung zu setzen, die auf jeden Fall einen Anstieg
der strukturellen Arbeitslosigkeit zur Folge haben wird.



Ein versierter und unabhängiger Fachmann ersten Ranges, **Hon.Univ.Prof. Dr. Heinrich WOHLMEYER**,
schrieb dazu in einem **Leserbrief an „die Presse“** am 2.11.2018 (Auszug) sinngemäß:

„Wenn argumentiert wird, daß wir in Europa junge Arbeitskräfte bräuchten, dann sollten wir an die hohen Ju-
gendarbeitslosigkeitsraten in Südeuropa (Spanien: 40 %!) denken sowie daran, daß andere große Volkswirtschaf-
ten - wie die USA, China, Indien etc., die hohe Wachstumsraten aufweisen, nicht daran denken, Migranten auf-
zunehmen, sondern sie exportieren vielmehr den eigenen Arbeitskräfteüberschuß. Eine Öffnung der Grenzen für
Massenmigration bei freiem Zugang zum Arbeitsmarkt angesichts strukturell steigender Arbeitslosigkeit **muß den
Sozialstaat zum Einsturz bringen**. Dieses in der ganzen Welt einmalige Modell wurde nur in Europa auf-
gebaut. Mit dem Abschieben von vor allem jungen Menschen, denen man in ihren Heimatländern durch Korruption,
Mißwirtschaft und extern gesteuerte Ausbeutungsregime alle Zukunftshoffnungen nimmt, obwohl bei gutem
Wirtschaften im Heimatland genug Aufbauarbeit vorhanden wäre, ist weder diesen noch uns geholfen!“

DIREKTE Demokratie Gebot der Stunde: Endlich Volksabstimmungen wie in der Schweiz zulassen!

Hunderttausende Mitbürger unterschreiben Volksbegehren, aber die Politik läßt weiterhin keine Volksabstimmungen zu. So kann es nicht weitergehen!

Laut Regierungsprogramm sollen verpflichtende Volksabstimmungen erst ab 2022 kommen. Und dann nur bei vergleichsweise unwichtigen Fragen und auch bei denen nur, wenn 900.000 Unterschriften bei Volksbegehren erreicht werden.

Ausgeklammert davon sollen das gesamte EU-Recht sein, das bereits über 80 % aller für Österreich geltenden Gesetze ausmacht, internationale Verträge und die (eigene) Bundesverfassung. Und über die EU-Mitgliedschaft an sich soll eine vom Volk herbeigeführte Abstimmung überhaupt nie wieder stattfinden dürfen. Es gehört schon eine ordentliche Portion Chuzpe dazu, eine solche Entmündigung des Volkes „direkte Demokratie“ zu nennen!

Als weitere Hürde für die Gültigkeit von Volksabstimmungen ist im Regierungsprogramm (Koalitionspakt) noch dazu ein völlig unrealistisches **Abstimmungsquorum** festgelegt. Mindestens ein Drittel der Stimmberechtigten muß für das Anliegen der Betreiber einer Volksabstimmung mit Ja stimmen. Das bedeutet bei knappen Abstimmungsergebnissen

de facto eine Stimmbeteiligung von **mindestens 66 %**. Das zeigte gerade die Zwentendorf-Abstimmung von 1978, der eine jahrelange, alle Medien als Hauptthema dominierende Kampagne vor allem der kapitalkräftigen Atombefürworter vorausgegangen war. Trotzdem stimmte eine knappe Mehrheit gegen die Atomenergie bei einer Stimmbeteiligung von rund 64 Prozent. Also wäre diese Abstimmung „**ungültig**“ gewesen, wäre es nach dem heutigen Regierungsprogramm gegangen!

Wie das kürzliche Anti-Raucher-Volksbegehren zeigte, ist auch die Hürde von 900.000 Unterschriften bei Volksbegehren völlig unrealistisch und stellt in der Praxis eine **Verhinderung** von Volksabstimmungen dar. Eine solche Zahl können nur Großorganisationen wie Medien- und andere Konzerne, Gewerkschaften, Kammern, Großparteien u.ä. auf die Füße stellen, die über das dafür nötige Kapital und den entspr. Apparat verfügen. Aber wie das jüngste Anti-Raucher-Volksbegehren zeigte, kann nicht einmal die Ärztekammer mit Großinsurern und Pla-

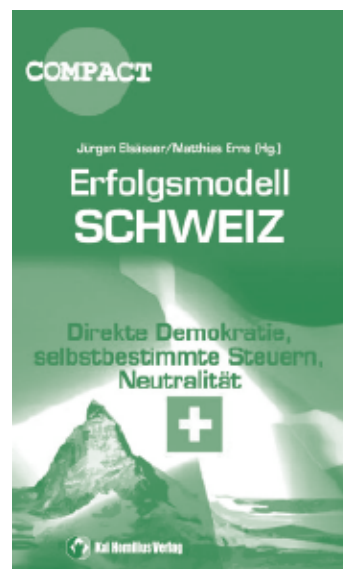
katen in allen Arztordinationen eine solche Zahl erreichen. Volksbegehren sollten aber für normale Bürger da sein und nicht für die, die ohnehin Macht und Einfluß haben!

Deshalb arbeiten wir von der IHU, der unabhängigen „Initiative Heimat & Umwelt“, seit rund einem halben Jahr an einer „parlamentarischen Bürgerinitiative“ für eine **VOLKSBEFRAGUNG zur Einführung einer wirklichen DIREKTEN DEMOKRATIE, nämlich einer solchen nach Schweizer Muster**. Dort hat sich diese seit über 100 Jahren (!) bestens bewährt und sie bedeutet im Kern, daß der Staat bereits ab **100.000** Unterschriften (das ist ja immer noch nicht wenig) automatisch eine Volksabstimmung **zu jedem Sachthema** herbeiführen muß, deren Ergebnis dann für Parlament und Regierung bindend ist. Es gibt vier fixe Abstimmungs-Sonntage im Jahr, an denen oft mehrere solche Volksabstimmungen stattfinden. Auf diese Weise sind in der Schweiz direkte Bürgerabstimmungen fast wichtiger geworden als Wahlen, es gibt dort **keine Berufspolitiker** -

Buchempfehlung „Erfolgsmodell Schweiz“

Wir hören und sehen in den Massenmedien zwar fast täglich die neuesten Aussprüche von Donald Trump oder die putzigsten Bilder der britischen Königsfamilie, aber über die realen Verhältnisse in unserem unmittelbaren Nachbarstaat Schweiz erfahren wir so gut wie nichts. Deshalb empfehlen wir unseren Lesern das nebenstehende, vor kurzem neu aufgelegte Sachbuch über das einzige Land der Welt, in dem die Bürger selbst für die Regierung verbindliche Volksabstimmungen zu allen Sachfragen herbeiführen können. Die 15 namhaften Autoren dieses Buches zeigen in kurzen und prägnanten Artikeln auf, warum man nicht zuletzt deshalb dort gut verdient, wenig Steuern zahlt und trotzdem sozial gut versorgt ist. Die Eidgenossen haben sich eine menschliche Volkswirtschaft bewahrt und die Auswüchse des Casino-Kapitalismus nicht mitgemacht. Als neutraler Staat hält die Schweiz Abstand zum US- wie zum EU-Imperium und deren Kriegen. Aus dem Inhalt, der einen sehr aufschlußreichen Gesamtüberblick bietet, sei hier herausgegriffen: „Ursprünge der Eidgenossenschaft / Humanität und wehrhafte Neutralität im Zweiten Weltkrieg / Die verlogene Kampagne zum „Raubgold“ der Schweizer Banken / Steuergerechtigkeit gegen staatliche Wegelagererei / Der Großangriff auf den Finanzplatz Schweiz / EU-Propaganda im Dienst internationaler Spekulanten.“

Das 157 Seiten umfassende, handliche Taschenbuch kann bei uns zum Preis von 8,80 € per beiliegendem Zahlschein bestellt werden oder telefonisch unter 02242/70516 oder 0664/425 19 35 sowie per E-mail an ihu@a1.net



sie müssen alle einen normalen Beruf ausüben und können nur zusätzlich in der Politik mitwirken - und einen drastisch kleineren und sparsameren Regierungs- und Bürokratieapparat generell als bei uns. Und inhaltliche Einschränkungen bei Volksabstimmungen sind dort **völlig undenkbar!**

Inzwischen haben **über sieben-tausend** Mitbürger in Österreich dafür mit Namen, Adresse und Geburtsdatum unterschrieben - und zwar persönlich und unmittelbar, nicht online nur durch Knopfdruck. Online heruntergeladen kann man dabei entspr. der Parlamentsvorschriften nur das Leerformular für die Unterschriften von der Webseite **www.volksbefragung-direkte-demokratie.at**, die darauf einzutragenden Original-Unterschriften müssen dann per Post an **Renate Zittmayr** von der „Initiative Heimat & Umwelt“ geschickt werden. Bitte machen Sie davon Gebrauch und informieren Sie auch Freunde und Bekannte darüber.

In den Forderungen dieser „parlamentarischen Bürgerinitiative“, deren Unterschriften bei der neutralen Parlamentsdirektion einzureichen sind und dann allen, nicht nur bestimmten Parteien zur Behandlung zugeleitet werden müssen, ist auch die der **Veto-Volksabstimmung** enthalten, die einen wesentlichen Bestandteil der Schweizer Direkten Demokratie darstellt. Das bedeutet, daß mittels 50.000 Bürgerunterschriften eine Volksabstimmung über ein bereits vom Parlament **beschlossenes Gesetz** herbeigeführt werden kann, um dieses ggfs. zu Fall zu bringen. Damit wird sichergestellt, daß die Bürger in für sie wichtigen Angelegenheiten nicht ohne jede Möglichkeit zur demokratischen Gegenwehr überfahren werden können. Das hat in der Praxis bereits eine sehr wichtige **Vorwirkung** zur Folge, nämlich daß die meisten Gesetze von vornherein bereits wesentlich vernünftiger sind als sie es sonst wären. Ein häufig gehörter Ausspruch von Abgeordneten egal welcher Partei lautet nämlich sinngemäß: **„Das können wir so nicht beschließen, da würde das Volk nie mitgehen!“**

Aktuelle Beispielfälle dafür wären wohl sicher der UNO-Migrationspakt und die „EU-Afrika-Migrationsdeklaration von Marrakesch“, die beide beim Volk nie durchgegangen

wären, aber auch der ach so „freiwillige“ **12-Stunden-Arbeitsstag**, die dramatische Verkürzung der **Begutachtungsfrist** vor Inkrafttreten von neuen Gesetzen bei milliardenschweren Entscheidungen von (bisher) sechs Wochen auf (nun) nur vier Tage (!), die Begrenzung von **Umweltverträglichkeitsprüfungen** auf eine völlig willkürliche Frist und damit zugunsten der Konzerne die Beschneidung und Negierung von u.U. schwerwiegenden Argumenten, die noch dazu in Zukunft nicht mehr von informierten Einzelpersonen, sondern nur mehr von Organisationen ab 100 Mitgliedern vorgebracht werden dürfen. Sind Argumente sachlich stichhaltig, sollten sie zumindest die Chance haben, Beachtung bei Behörden und Gerichten zu finden, unabhängig davon, von wievielen Menschen sie vorgebracht werden. Das aber von vornherein zu unterbinden, ist ein Schritt zurück in die **Steinzeit des Umwelt- und Lebensqualität-Schutzes für alle**.

Ganz entscheidend bei der Direkten Demokratie nach Schweizer Muster ist die Verpflichtung, allen Haushalten **auf Staatskosten** ein sogenanntes **„Abstimmungsbüchlein“** vor jedem der vier Volksabstimmungs-Sonntage im Jahr zuzustellen, in dem alle wesentlichen **pro und contra-Argumente** dargelegt werden. Jene der Regierenden werden meist ohnehin über die mehr oder minder abhängigen Massenmedien transportiert, aber auf diese offizielle Weise erfahren die Bürger auch die Argumente der **Betreiber** von Volksinitiativen, die sich naturgemäß meist gegen Regierungs- oder Parlamentbeschlüsse wenden.

Damit wird auch dem von Parteien und Medien immer wieder ins Spiel gebrachte Hauptargument gegen eine wirkliche Direkte Demokratie der Boden entzogen. Alle Bürger erhalten damit einen Informationsstand **von beiden Seiten** und wenn es gesetzlich so ist, daß ihre Stimme dann auch von Parlament und Regierung ohne Wenn und Aber in die Tat umgesetzt werden muß, werden sie sich auch für die jeweilige Sachfrage interessieren. Derzeit ist es ja so, daß noch so viele Unterschriften nichts nützen und das entmutigt viele - zurecht!

In der Schweiz gibt es auch **keine Mindest-Stimmbeteiligung**. Je-

des Ergebnis wird vom Mehrheitsvolk akzeptiert, es hätten ja alle teilnehmen **können**. Man vertraut eben jenen Vielen, die sich mit der jeweiligen Sachfrage näher beschäftigt haben. Der große Freiheitsdichter **Friedrich Schiller** schrieb: „Die Stimmen sollten nicht gezählt, sondern gewogen werden“. Dem Geist dieses Ausspruches entspricht das System der Schweiz perfekt. Egal wie viele Bürger an einer Volksabstimmung teilnehmen, die Grundlage einer solchen Entscheidung ist auf jeden Fall um ein Vielfaches qualifizierter als eine reine Entscheidung von 183 Politikern im Parlament, die meist nur Handlanger von Lobbyisten sind und ganz andere Interessen haben als das normale Volk. Außerdem stimmen diese im Parlament ohnehin praktisch immer so ab, wie es ihr Partei- bzw. Klubobmann befiehlt, was klar verfassungswidrig ist, aber trotzdem seit Jahrzehnten von allen Parteien - ob links oder rechts - so gehandhabt wird. Es würde völlig ausreichen, würden im Parlament nur die dzt. fünf Parteipobleute sitzen bzw. deren ausführende Organe bei den zwei Parteichefs, die ohnehin die Regierung bilden. Ein „freies Mandat“ wie in der Verfassung verankert und auf der Parlaments-Homepage extra angeführt, existiert in Wirklichkeit nicht. Umso wichtiger eben die DIREKTE DEMOKRATIE!

Info-Stand-Kundgebungen im November,

falls das Wetter es zuläßt:

Dienstag, 20.11.

in Wien-Floridsdorf vorm Schnellbahnhof/U6-Station.

Mittwoch, 21.11. in Wien-Kagran vor der U1-Station Eingang „Donauzentrum“

Freitag, 23.11. in Wien-Handelskai vor der U6-Station beim „Milleniumsturm“

Montag, 26.11. in Linz am Taubenmarkt beim Brunnen

Dienstag, 27.11. in Linz am Taubenmarkt beim Brunnen

Mittwoch, 28.11. in St. Pölten Kremsergasse/Ecke Domgasse

30 Jahre IHU - Rück- und Ausblick

von Inge Rauscher,
Gründerin und Obfrau der „Initiative Heimat & Umwelt“

Das Jahr 2018 war das dreißigste Jahr unserer Initiative mit umfangreichen Aufklärungsaktivitäten an der Basis zu vielen Themen, die im weitesten Sinn mit unseren Leitbegriffen **HEIMAT & UMWELT** zu tun haben. Deshalb nehme ich heute dieses Jubiläumsjahr zum Anlaß, allen zu danken, die zu irgendeinem Zeitpunkt mitgearbeitet haben. Manche haben über viele

Jahre hinweg sehr viel Zeit in unsere gemeinsame Arbeit gesteckt, denen sei hier ganz besonders gedankt. Das gilt auch für die, die inzwischen nicht mehr unter uns weilen können oder gesundheitlich nicht mehr in der Lage dazu sind. Sie alle sind in unseren Herzen und ihr Einsatz wird weiterhin Früchte tragen. Ein großes Dankeschön geht auch an alle, die immer wieder z.T.

große Kostenbeiträge für unsere Arbeit leisten, manche von Anbeginn an! Aber auch ohne Jene, die (immer wieder) „kleinere“ Spendenbeiträge leisten, wäre unsere Arbeit nicht möglich. Da macht es dann eben die Gesamtzahl aller, auf die dies zutrifft. Vielen Dank auch ihnen!



Wer unser 30-Jahr-Jubiläum im kleinen Kreis mitfeiern will, ist herzlich eingeladen dazu: am Samstag, 8. Dezember, ab 16 Uhr in Wien im 4. Bezirk im Café „Frey“, Favoritenstr. 44, Nähe Hauptbahnhof

In den letzten Monaten und Jahren kamen viele **neue** WEGWARTE-Empfänger dazu. Vor allem für diese hier ein kurzer Überblick über 30 Jahre ehrenamtlicher Arbeit und auch über mich persönlich, damit Sie die IHU einordnen können. Wir hören nämlich immer wieder die Frage: „**Wer seid Ihr?**“

Inge Rauscher, geb. am 26.5.1949 in Wien, von Beruf akademisch geprüfte Englisch-Übersetzerin, ist seit insgesamt 37 Jahren in der Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung tätig. Ab 1981/82 Mitarbeit in der „**Initiative Lebenswertes Tullnerfeld**“. 1983/84 Landesobfrau für Niederösterreich, dann stellvertretende Bundesvorsitzende der „**Vereinten Grünen Österreichs**“ (VGÖ/Liste Tollmann), von 1985 bis 1995 Gemeinderätin der selbst gegründeten parteiunabhängigen „**Grünen Bürgerliste Zeiselmauer**“. 1988 Gründung der überparteilichen und österreichweit aktiven Arbeitsgemeinschaft „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU), die ab 1991 die Zeitschrift „WEGWARTE“ herausgibt. Abgesehen von der 10-jährigen Tätigkeit im Gemeinderat (Empfang von minimalen Sitzungsgeldern) erfolg(t)en alle Leistungen **ehrenamtlich**.

Durch all die Jahre Unterstützung in Wort und Tat und oft auch finanziell von zahlreichen Aktionen **anderer** Organisationen, z.B. der „Arge Ja zur Umwelt/Nein zur Atomenergie“, der Bürgerinitiativen zum Schutz der

letzten großen Auwälder Österreichs bei Hainburg („Aubesetzung“, Konrad-Lorenz-Volksbegehren 1984/85), dem Privilegien-Volksbegehren der FPÖ 1987, dem EWR-Volksbegehren der Grünen 1991, dem Tierschutz-Volksbegehren 1996, dem Gentechnik-Volksbegehren 1997, dem EURATOM-Volksbegehren 2011, dem Volksbegehren gegen TTIP/CETA 2017.

Den bereits bei der Gründung der „Initiative Heimat & Umwelt (IHU)“ formulierten Grundsätzen bleiben wir weiter treu: **Für** Wald, Wasser und Boden, **für** sinnvolle Arbeit und gerechten Ertrag, **für** die Familie und Selbstverantwortung in der Gemeinschaft, **für** das Recht auf Heimat aller Völker und Kulturen, **für** das Leben in seiner Gesamtheit: Stop dem Artensterben in der Natur, der Verwendung von Tieren in Versuchslabors, der Tötung von Kindern im Mutterleib!

Die IHU hatte durch massive Basisarbeit mit vielen Aktionstagen und der Sammlung von tausenden Unterschriften maßgeblichen Anteil an der **Abwehr** des Milliarden-Projektes **einer Weltausstellung (EXPO)** Wien-Budapest, das für 1995 vorgesehen und für das bereits alle Verträge unterzeichnet waren. **Seit 1990** (!) liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit bei der Aufklärung über die Europäische „Union“. Sowohl Jahre **vor** der EU-Abstimmung von 1994 als auch danach war und ist die IHU eine der aktivsten

Organisationen im **EU-Widerstand** und war auch die Keimzelle und Hauptbetreiber-Organisation des überparteilichen Volksbegehrens für die Neuaustragung der EU-Abstimmung (AKTION EU-AUSTRITT). Inge Rauscher war offizielle Bevollmächtigte dieses Volksbegehrens. Das war auch beim zweiten „eigenen“ Volksbegehren so, dem **EU-Austritts-Volksbegehren** vom Juni 2015 mit sechsjährigen Vorarbeiten, das von einem überparteilichen Personenkomitee getragen wurde.

Zu allen obigen Themen und noch zahlreichen weiteren organisierten wir meist mehrere größere Informationsveranstaltungen und Diskussionsabende pro Jahr an verschiedenen Orten in Österreich, führten Flugblattaktionen im großen Stil durch, und leisteten immer wieder viele hundert(!) Info-Stand-Kundgebungen quer durch Österreich, bei denen wir zigtausende persönliche Bürgergespräche führten. Wir produzierten und verbreiteten zahlreiche DVD's von Fachvorträgen und verfaßten und verbreiteten umfangreiche Broschüren dazu.

Durch all die Jahre hindurch waren und sind wir massive Befürworter einer echten direkten Demokratie nach Schweizer Muster, damit der **erste Satz** unserer Bundesverfassung - „**Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.**“ - nach 100 Jahren endlich Wirklichkeit wird.

„Wenn Zwentendorf nicht in Betrieb geht, gehen in Österreich die Lichter aus!“

So lautete **vor 40 Jahren** der Schlachtruf der Atomkraftbetreiber vor der Volksabstimmung am **5. November 1978**. An diese Angstparole sollten wir uns immer erinnern, wenn irgendein Projekt, eine Strategie von den davon profitierenden Kreisen als „alternativlos“ hingestellt wird. Geplant waren damals zunächst drei Atomkraftwerke in Österreich, neben Zwentendorf auch noch St. Pantaleon/Erla in Niederösterreich an der Grenze zu Oberösterreich und St. Andrä in Kärnten. Bei einem anderen Ausgang der Volksabstimmung wären sicher noch weitere dazugekommen. Aber bei einer Stimmbeteiligung von 64,1 % der Österreicher stimmten **50,47 %** davon nicht nur gegen das AKW Zwentendorf, sondern gegen die Errichtung von Atomkraftwerken überhaupt. **Wie war es möglich, einen solchen „Sieg“ über eine riesige Übermacht zu erringen?**

Er war das Produkt einer fast **zwanzigjährigen** Informations- und aktivistischen Arbeit von engagierten Bürgern an der Basis quer durch alle „Lager“. Entscheidend für den Ausgang war die **Zusammenarbeit von „Linken“ und „Rechten“** über ideologische Gräben hinweg, die sich dann sechs Jahre später bei der „Aubesetzung“ von Hainburg wiederholte. Der Einsatz für die als richtig erkannte Sache stand im Vordergrund. Der heutige Niedergang des Umweltschutzes und der Verlust an Ansehen in breiten Bevölkerungsschichten ist eine Folge der völligen ideologischen Einseitigkeit der „grünen“ Partei, für die z.B. der Heimatbegriff ein Fremdwort ist. Sowohl vor der Zwentendorf-Volksabstimmung als auch bei der Rettung der letzten großen Donauauen stellte sich auch Nobelpreisträger **Konrad Lorenz**, den Kreisky öffentlich als „Lausbuben“ abkanzelte, auf die Seite der Umweltschützer.

Bereits 1958 (!) erschien das weltweit erste Anti-Atom-Buch „Der Tanz mit dem Teufel“, geschrieben von einem Österreicher, nämlich von **Günther Schwab**. Es wurde zu

einem Klassiker der Umweltliteratur, erreichte 15 Auflagen, wurde von Hunderttausenden gelesen und in mehrere Sprachen übersetzt. Sein von ihm gegründeter **„Weltbund zum Schutze des Lebens“** war dann vor allem in den westlichen Bundesländern eine tragende Organisation im Atomwiderstand vor der Volksabstimmung.

Dieser war insgesamt geprägt von einer bis heute beispiellosen Vielfalt an Bürgeraktivitäten **aus Eigeninitiative**, die nicht auf irgendeine Organisation warteten und schon gar nicht auf eine Partei. Sie besuchten in großer Zahl Diskussionsveranstaltungen, schrieben selbst Flugblätter und verteilten sie, bastelten „handgestrickte“ Plakate, nahmen an Demonstrationen teil wie dem legendären **„Sternmarsch** von Tulln nach Zwentendorf“ von rund siebentausend Menschen bei glühender Hitze, als die Anrainer die Demonstranten zur Kühlung aus ihren Gartenschläuchen abspritzten, pickten massenweise die heute noch verbreiteten, berühmt gewordenen **„Atomkraft Nein Danke“-Aufkleber** mit der lachenden Sonne auf Säulen, Masten, Plakattafeln, Zäune, Taschen, Autos und Fahrräder, sam-



melten auf eigene Faust Protestunterschriften, usw. Später formierte sich dann die **„Initiative Österreichischer Atomkraftgegner“** (IÖAG), die großen Anteil am Ausgang der Abstimmung hatte. Ebenso eine Protestgruppe innerhalb des unter dem damaligen Präsidenten Benya stramm für Atomkraftwerke marschierenden Gewerkschaftsbun-

des, die heute noch aktiven „Gewerkschafter gegen Atomenergie“.

In den Monaten vor der Volksabstimmung bildete sich dann zur Bündelung der Aktivitäten die „Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Nein zu Zwentendorf“, als deren Obmann sich der Geologe **Univ.Prof. Dr. Alexander Tollmann** zur Verfügung stellte, dessen Fachwissen und überzeugendes Auftreten mit den Ausschlag für das Abstimmungsergebnis gab. Er sorgte mit seinen Mitstreitern vor allem dafür, daß die Atomgegner in der Öffentlichkeit, bei Plakaten, Pressekonferenzen etc. wesentlich sachlicher und inhaltlich nachvollziehbarer argumentierten als die polemisch agierende Befürworterphalanx aus Wirtschaft, Industrie, Gewerkschaften und SPÖ. Tollmann verstarb 2007 in Wien.

Mitgewirkt in den jahrelangen Vorarbeiten zur Formierung der Abwehrbewegung haben auch viele andere Persönlichkeiten und Gruppierungen aus allen Bundesländern, die hier aus Platzgründen unmöglich alle angeführt werden können. Wir haben hier nur einige herausgegriffen, die heute von den Medien kaum genannt werden.

Die oft gehörte Behauptung, **Kreisky** hätte durch seine Aussage, daß er bei einem Nein zu Zwentendorf zurücktreten werde, viele ÖVPLer dazu gebracht, mit Nein abzustimmen, wird konterkariert durch die Tatsache, daß durch diese Aussage eben auch viele SPÖler für Zwentendorf stimmten, die sonst dagegen gestimmt hätten. Das wird fast nie dazugesagt! Kreisky trat nicht zurück, sondern feierte wenige Monate nach der Volksabstimmung den größten Wahlerfolg in der Geschichte der SPÖ, nämlich eine absolute Mehrheit von über 51 % der abgegebenen Stimmen. Seine Rolle bei der Frage der Atomkraft muß man im nachhinein differenzierter betrachten als dies gemeinhin geschieht. Obwohl er als Hauptpropagandist der Atomlobby gewertet wird, muß man anerkennen, daß er trotz absoluter Parlamentsmehrheit

die Volksabstimmung überhaupt zuließ. Und wenige Monate vor seinem Tod sagte er in einem vom ORF gesendeten Interview sinngemäß, daß „er nicht als jener Bundeskanzler in die Geschichte Österreichs eingehen wollte, der Österreich in die Atomenergie geführt habe.“

Es sollte auch nicht vergessen werden, daß die Genehmigung für den Bau des AKW Zwentendorf und weiterer AKWs in Österreich (eines war auch im Eferdinger Becken geplant) unter der ÖVP-Alleinregierung von Bundeskanzler **Klaus** bereits 1969 erfolgt war und daß der für die Baubewilligung zuständige niederösterreichische Landeshauptmann **Maurer**, auch ÖVP-Bauernbund-Obmann, ein glühender Atombefürworter war.

Wichtig ist rückblickend vor allem **eine Erkenntnis**: Die Medienlage und auch die grundlegende Bereitschaft zu einer fairen Meinungsbildung war damals im Vergleich zu heute trotz allem um vieles besser. Daß z.B. ein Wiener (SPÖ)-Bürgermeister (damals Gratz) eine auf Staatskosten finanzierte Aussendung an jeden Haushalt durchführen läßt, in der **pro und contra** eines schicksalsschweren Themas - damals eben der Atomenergie - **einigermaßen gleichwertig** aufgezeigt werden, ist in der heutigen politischen Praxis undenkbar! Im Vergleich dazu die

EU-Beitritts-Volksabstimmung von 1994: eine Propagandalawine, deren Gesamtwert von Analysten auf mindestens **eine Milliarde Schilling** (fast 73 Millionen Euro) geschätzt wurde; allein im ORF galt laut Insidern die „Regel“: Auf einen EU-Gegner müssen mindestens vier EU-Befürworter kommen! Und die „Kronzeitung“ titelte wenige Tage vor der Beitrittsabstimmung: „DM und Schilling bleiben!“

Die Bedeutung anständiger Persönlichkeiten in den Medien zeigte sich bei der Zwentendorf-Volksabstimmung eindrucksvoll. Den Ausschlag für die knappe bundesweite Mehrheit gab nämlich das kleinste Bundesland **Vorarlberg**, wo die Nein-Stimmen weit überdurchschnittlich über 84 % betragen. Und zwar deshalb, weil der damalige, langjährige Chefredakteur der „Vorarlberger Nachrichten“, **Prof. Franz Ortner**, eine durch Jahre hindurch gleichgewichtete Berichterstattung über EU-Befürworter **und** EU-Gegner ermöglichte.

Die Lehre aus Zwentendorf: Langjähriger, beharrlicher Widerstand, seriöse Beschäftigung mit dem Anliegen, auch wenn es lange hoffnungslos aussieht, kann zum Ziel führen. Deshalb: niemals locker lassen!

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 30 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Hinweis auf eine Veranstaltung einer befreundeten Initiative:

MARSCH FÜRS LEBEN

am **Samstag, 24. November**, in **WIEN**

mit **Beginn um 13 Uhr**

am **Stephansplatz**

In Österreich sterben Schätzungen zufolge jedes Jahr mehr als 30.000 Kinder durch Abtreibung. Ihre Mütter sehen meist keinen anderen Ausweg. Stehen wir gemeinsam auf für das Leben! Geben wir den Kindern vor der Geburt und ihren Müttern eine Stimme. Jeder Mensch ist wertvoll - von der Zeugung bis zum natürlichen Tod. Daher ziehen wir am 24. November durch die Straßen Wiens, um das Leben zu feiern.

Komm mit beim Marsch fürs Leben!

Organisatorisches siehe: www.marsch-fuers-leben.at

VORBILD PETER ROSEGGER

Heuer vor hundert Jahren starb der steirische Dichter und Volkserzieher Peter Rosegger. Selten hat ein geistig Schaffender derart nachhaltig die Volksseele und das Gemüt seiner deutsch-österreichischen Heimat berührt wie dieser Bauernsohn, der sich aus ärmlichsten Verhältnissen und einer eher schwächlichen physischen Natur hochgearbeitet und ein geradezu unfaßbares Lebenswerk schon rein quantitativ hinterlassen hat. Von seinen 40 großen Bänden und weit über 100 Buchtiteln wurden viele in insgesamt 20 Sprachen übersetzt, darunter sogar ins Indische. Es gibt kaum eine Stadt oder einen Ort in Österreich, wo es keine nach ihm benannte Gasse oder Straße gibt. Auch wir von der „Initiative Heimat & Umwelt“ fühlen uns ihm sehr verbunden und sehen in ihm einen **großen Vordenker** für das, was auch uns bewegt. Seine Schriften schildern sehr eindrucksvoll den Wert des „einfachen Lebens“ für das Glück und die Zufriedenheit der Menschen. Er erkannte schon ganz früh, wie sehr Natur- und Heimatschutz zusammengehören und einander bedingen und sah fast alle heutigen Probleme schon damals voraus, als „die Welt“ noch eine ganz andere war, da er auch sehr sozialkritisch eingestellt war und großen Anteil am politischen Geschehen nahm.

Von seinen größeren Werken seien hier exemplarisch nur zwei herausgegriffen, die heute im Prinzip genauso aktuell sind wie damals: „**Jakob der Letzte**“ und „**Erdsegen**“. Würden wir Heutigen die darin in spannender Romanform enthaltenen Warnungen ernst nehmen, wäre unsere Welt um einiges lebenswerter und sozial gerechter als sie es jetzt ist! Unsere Kinder haben wohl aufgrund der politisch gesteuerten Lehrpläne wenig Chancen, diese im heutigen allgemeinen Schulunterricht kennenzulernen, man kann sie aber im Buchhandel jederzeit bestellen. Der Grazer „Stocker-Verlag“ brachte 2013 auch ein aktuelles Buch des Kulturhistorikers Reinhard Farkas heraus mit dem Titel „**Rosegger für uns**“. In diesem wird „Zeitloses und Aktuelles“ aus dessen Zeitschrift „Heimgarten“ vorgestellt und beleuchtet, die Rosegger 34 Jahre lang herausgab und aus der u.a. hervorgeht, was für ein **wesentlicher Vorreiter der Ökologiebewegung** er war. Hier nur einige Splitter aus seinem äußerst vielschichtigen Spektrum, das auch zum Schmunzeln anregen darf.

„**Alle Kredit- und Wertpapiere der ganzen Welt haben nicht den Nährwert eines einzigen Samenkorns.**“

„**Wenn sich die Welt zerstört, so fängt es so an: Menschen werden zuerst treulos gegen die Heimat, treulos gegen die Vorfahren, treulos gegen das Vaterland. Sie werden dann treulos gegen die guten Sitten, gegen den Nächsten, gegen das Weib und gegen das Kind.**“

Därf ih's Diandl liabn?

Ih bin jüngst verwichn
Hin zan Pforra geschlichn:

„Därf ih's Diandl liabn?“

„Untasteh Dih nit, bei meina Seel,
Wann Du's Diandl liabst, so kimmst in d' Höll!“

Bin ih vull Valonga

Zu da Muata gonga:

„Därf ih's Diandl liabn?“

„O mei liaba Schotz, es is noh zfrua,
Noch funfzehn Jahrln erst, mei liaba Bua!“

War in großn Nöthn,

Han en Vota bet'n;

„Därf ih's Diandl liabn?“

„Dunners Schlangl!“ schreit er in sein Zurn,
„Willst mein Steckn kostn, konnst es thuan!“

Wußt nix onzufonga,

Bin zan Herrgott gonga:

„Därf ih's Diandl liabn?“

„Ei ja freili“, sogt er und hot glocht,
„Wegn en Büaberln hon ih's Diandl gmocht!“

www.heimat-und-umwelt.at

WEGWARTE 28. Jahrgang, Folge 5, November 2018
Zulassungsnummer "02Z033544S"
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:
**Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer,
Hagengasse 5, Tel.: 02242/70 516, ihu@a1.net**
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 7.11.2018
**Spendenkonto: IBAN: AT36 6000 0000 0748 3053,
BIC: OPSKATWW**

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer